

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt C. 470 Nr. 6466

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postvertrags-Nr. 3164

Die Kriegsfikung des preußischen Landtags.

Im größten deutschen Bundesstaat, Preußen, hat am 22. Oktober eine Kriegsfikung stattgefunden. Die Beschlüsse, die gefaßt wurden, berühren in so hohem Grade die Interessengebiete der Arbeiterschaft, daß es verlohnt, etwas näher darauf einzugehen. Es handelte sich ausschließlich um die Bewilligung eines Kredits von 1½ Milliarden für Notstandsmaßnahmen. Allerdings ist dabei nicht so sehr an Arbeitsbeschaffung und Arbeitslofenfürsorge gedacht worden, wie das von gewerkschaftlicher Seite wiederholt verlangt worden ist. Ein erheblicher Teil der geforderten Kredite ist bestimmt für die Hilfe der von Kriegszerstörung betroffenen Gebiete, ein weiterer für die Sicherung der Familien der Kriegsteilnehmer; dazu kommt die Fürsorge für ausreichende Lebensmittelversorgung während des Krieges und endlich die Beschaffung von Notstandsarbeiten für Beschäftigungslose.

Alle diese wohl gleich wichtigen und notwendigen Hilfsaktionen fanden keinerlei Widerspruch, und so ist die innere, wirtschaftliche Kriegsrüstung durch die einstimmige Annahme der Regierungsvorlage erneut verstärkt und gesichert worden.

Gemessen an dem Maßstab früherer Beschlüsse des preußischen Abgeordnetenhauses, bedeutet die Vorlage ohne Zweifel eine erfreuliche sozialpolitische Leistung ersten Ranges. Wenn man sich des ängstlich-kleinlichen bürokratischen Gesichtspunktes der preussischen Regierung aus Friedenszeiten erinnert, der früher bei sozialpolitischen Gesetzen maßgebend war, so stellen wir mit Vergnügen fest, daß bedeutend weniger gelernt worden ist. Aber wir legen in dieser ersten Stunde Gewicht darauf, daß die Verwendung der bewilligten 1½ Milliarden nun auch ohne Kleinlichkeit und unter großzügigen Gesichtspunkten erfolgt, wie das die gegenwärtige Situation erheißt.

Die Arbeitslofenziffer in den Gewerkschaften betrug im August d. J. nach Ausbruch des Krieges 25 bis 30 Prozent, wobei nicht einmal die ungeheurer zahlreichen Halbtagschichten usw. eingerechnet sind. Mag sich mittlerweile im September und Oktober der Arbeitsmarkt nicht unmerklich gebessert haben, so daß 10 bis 15 Prozent Arbeitslose verbleiben, so bedeutet dies doch immer noch eine solche ungeheure Belastung der Gewerkschaftskassen, daß sie auf allzu lange Dauer nicht geleistet werden kann. Die ickidantische Art, wie manche Gemeinden in Berliner Vororten und die Gewerkschaftsunterstützung in Abzug bringen bei ihrer konsumalen Arbeitslofenfürsorge, ist eine der unerfreulichsten Erscheinungen unserer Zeit. Es muß darum Aufgabe der preussischen Regierung sein, den „liberalen“ Stadtverwaltungen den Standpunkt klarzumachen und nur dann staatliche Zuschüsse an die Gemeinden zu leisten, wenn das Gewerkschaftssystem in dieser oder jener Form an-

erkannt wird, d. h. wenn die Gemeinden bei ihren Unterstützungen sich mit den Gewerkschaften verständigen und diese nicht ausschalten.

Und ein anderes muß hier vom Standpunkt der freien Gewerkschaften betont werden: Wir bedauern, daß in diesen Tagen, wo alles in erhabender Einheit den Willen zum Sieg hat, die preussische Regierung nicht den Mut fand, eine seit 6 Jahren (am 20. Oktober 1908) in der Thronrede des preussischen Königs verheißene Wahlreform zum mindesten erneut anzukündigen. Ein geschichtlicher Moment ist u. G. da verpaßt worden.

Was der Abgeordnete Dirich (Soz.) in seiner Erklärung namens der sozialdemokratischen Fraktion zum Ausdruck brachte, ist auch gleichzeitig die wohlbegründete Anschauung der freien Gewerkschaften.

Wir geben darum mit unserem vollen Einverständnis die Ausführungen von Dirich im Wortlaut wieder:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden, hat aber den dringenden Wunsch, sie in einer Kommissionsberatung in verschiedener Hinsicht zu ergänzen und zu verbessern und genaue Richtlinien über die Verwendung der Mittel festzulegen. Dieses Ziel hätte sich ohne nennenswerte Verzögerung erreichen lassen, denn auch uns liegt sehr an einer raschen Verabschiedung der Vorlage. Aber unsere Versuche, dazu die erforderliche Unterstützung anderer Parteien zu finden, sind gescheitert. Die Möglichkeit, durch Stellung von Anträgen im Plenum eine Kommissionsberatung durchzusetzen oder eine Verbesserung der Vorlage herbeizuführen, ist uns infolge unserer durch ein ungeredetes Wahlrecht bedingten numerischen Schwäche genommen. Es bleibt uns deshalb kein anderer Weg übrig, als in Form einer Erklärung unseren Forderungen Ausdruck zu verleihen.“

Unter den Notstandsarbeiten vermischen wir den Bau des Mittellandkanals, eines Projektes, dessen Durchführung gerade in der heutigen Zeit den Wünschen und wirtschaftlichen Interessen weitaus der Mehrzahl preussischer Staatsbürger entspricht. Ganz abgesehen davon, daß sich hier die Möglichkeiten bieten, für zehntausende von Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu schaffen, die nicht Notstandsarbeit im herkömmlichen Sinne ist, handelt es sich um ein Kulturwerk ersten Ranges, dessen Bedeutung für die kommenden Zeiten über jeden Zweifel erhaben ist.

Die beachtlichsten Notstandsarbeiten selbst dürfen nicht ein Sinken der Löhne oder eine Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zur Folge haben. Soll diese Gefahr verhütet werden, dann ist es notwendig, daß zu diesen Arbeiten in erster Linie freie Arbeiter, und zwar nur zu den zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen vereinbarten oder zu vereinbarenden Lohn- und Arbeitsbedingungen verwendet werden. Bei Bewilligung von Kriegsgefangenen werden die allgemeinen Grundzüge der sozialen Fürsorge nach Möglichkeiten entsprechend anzuwenden sein.

Aber auch nach Inangriffnahme aller in der Vorlage vorgesehenen Notstandsarbeiten bleibt noch eine große Zahl männlicher und weiblicher Staatsbürger übrig, die durch den Krieg arbeit-

los, ja völlig existenzlos geworden sind. Auch ihnen zu helfen, ist Pflicht des Staates. In den meisten Fällen wird die Hilfe nur in baren Unterstützungen bestehen können. Der großen Mehrzahl der Gemeinden fehlt es hierfür an Mitteln. Aufgabe des Staates ist es, einmal die Gemeinden durch finanzielle Zuwendungen zu durchgreifender Hilfe in den Stand zu setzen und zweitens durch Einwirkung auf die Reichsgesetzgebung eine Arbeitslosenunterstützung in Anlehnung an das Genter System zu schaffen. Soll ein derartiges Vorgehen seinen Zweck erreichen, dann muß an bewährten und in der Praxis erprobten Grundlagen eines Zusammenwirkens der Gemeinden mit den Berufsorganisationen festgehalten werden.

Für nicht ausreichend betrachten wir es, daß die Regierung sich auf die Entlastung leistungsunfähiger Lieferungsverbände bei Zahlung der Reichsunterstützungen beschränkt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die in den Reichsgesetzen vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 vorgesehenen Familienunterstützungen so gering bemessen sind, daß die Familien der Kriegsteilnehmer ohne eine gleichzeitige Unterstützung aus Gemeindemitteln nicht in der Lage sind, auch nur notdürftig ihren Lebensunterhalt zu fristen. In zahlreichen Fällen aber werden den Familien der Kriegsteilnehmer unter unbegründeter Verneinung der Bedürftigkeit noch nicht einmal die im Reichsgesetz vorgesehenen Mindestsätze gewährt. Hier Wandel zu schaffen und unsern für das Vaterland ihr Leben einsetzenden Kriegern die Gewißheit zu geben, daß ihre Angehörigen vor Not und Entbehrung geschützt sind, ist eine selbstverständliche Pflicht des Staates. Wir fordern die Erfüllung dieser Pflicht einmal dadurch, daß die von den unteren Verwaltungsorganen geübte, dem Geiste des Gesetzes häufig widersprechende Praxis sorgfältig überwacht und erforderlichenfalls korrigiert wird, sodann aber auch dadurch, daß den leistungsschwachen Arceien und Gemeinden von Staats wegen Zuwendungen gemacht werden, die sie in den Stand setzen, ausreichende Zuschüsse zu den reichsgesetzlichen Mindestsätzen zu zahlen. Die Unterstützungen müssen in jedem Falle so bemessen werden, daß sie nicht nur zur Ernährung und zur Verrichtung der sonstigen zum Lebensunterhalt notwendigen Ausgaben, sondern auch zur Bezahlung der Wohnmieten ausreichen; sie müssen ohne Kleinlichkeit und ohne umständliches Verfahren nach klaren Grundätzen gewährt werden. Nach dem wiederholten einstimmigen Wunsche des Abgeordnetenhauses soll die Gewährung von Unterstützungen zur Behebung einer augenblicklichen Notlage nicht als Armenunterstützung angesehen werden, die den Verlust staatsbürgerlicher Rechte zur Folge hat. Wir fordern die Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfes spätestens beim Wiederzusammentritt des Landtags. Der Ministerialerlaß vom 23. August d. J. gewährt in dieser Beziehung keine genügende Garantie. Solange es an einem Gesetz fehlt, ist mit der hohen Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß in direktem Widerspruch zu den Absichten der Regierung und des Abgeordnetenhauses preussische Staatsbürger, die wegen einer durch den Krieg eingetretenen Notlage die öffentliche Hilfe in Anspruch zu nehmen gezwungen waren, dadurch ihrer staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere ihres Wahlrechts zu den Gemeindeverordnetenwahlen, beraubt werden.

Um eine wirklich unparteiische Bemessung der unserer ostpreussischen Bevölkerung zu gewährenden Entschädigungen für die Kriegsschäden zu gewährleisten, fordern wir, daß zu der Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen sowie zu den örtlichen Kriegshilfsausschüssen Angehörige aller Bevölkerungsschichten, vor allem auch Vertreter der Arbeiterklasse, hinzugezogen werden.

Wir erheben Widerspruch dagegen, daß die Regierung die Forderung vorübergehen lassen will, ohne dem Landtag einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, der die Aufhebung aller noch bestehenden Ausnahmegesetze vorzieht und allen Staatsbürgern ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, der Konfession oder der Nationalität die Gleichberechtigung bringt. Scharfen Widerspruch erheben wir aber vor allem dagegen, daß die Regierung sich auch in diesen Tagen nicht hat entschließen können, die Notwendigkeit der Beseitigung des unerträglichen Dreiklassenwahlrechts und die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Landtagswahlrechts durch Einbringung einer entsprechenden Vorlage anzuerkennen, in diesen Tagen, wo das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Geschlechts und der Klasse die schwersten Opfer an Gut und Blut bringt und wo die heute politisch entrechteten ärmeren Schichten, wo insbesondere die Arbeiterklasse einen so ungeheuren Anteil an diesen Opfern trägt.

Trotzdem die Vorlage der Regierung weit hinter unsern Erwartungen zurückbleibt, werden wir ihr zu stimmen in der Hoffnung, daß die von uns geäußerten Wünsche, soweit sie sich auf die

Verwendung der Mittel beziehen, durch entsprechende Anweisungen erfüllt und daß die weiter von uns als erforderlich bezeichneten Gesetzesänderungen spätestens bei dem Wiederzusammentritt des Landtags in Angriff genommen werden.

Wir sprechen die Hoffnung und den heißen Wunsch aus, daß der entscheidende Krieg, in dem sich die Völker zerstreuen, zu einem baldigen gesicherten Frieden zum Heile des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit führen und daß alles geschehen möge, was zur Erfüllung dieser Hoffnung und dieses Wunsches dienen kann.

Sowohl Entschlich ist dieser Krieg, und die ungeheuren Opfer, die unsere Kameraden im Felde bringen müssen, dürfen nicht vergeblich gewesen sein. Sie müssen uns ein freieres Deutschland, einen für alle Zeiten gesicherten Frieden bringen. Nur in dieser Zuversicht können wir die schweren Zeiten überleben mit der erforderlichen Kaltblütigkeit, Ruhe und Selbstsicherheit, die diese eiserne Zeit von uns fordert.

Kartoffel-Wucher.

Aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands, überall unter Vorantritt der naturgemäß am meisten betroffenen größeren Städte und Industriebezirke, häufen sich die Nachrichten über plötzliche bedeutende, zum Teil ganz wunderliche Preissteigerungen für Kartoffeln. Stettin, Kiel, Bremen, Hamburg mögen als Beispiele für die Küstenstriche genannt sein. Für Mitteldeutschland liegen Preismitteilungen aus der Treseener Gegend und dem sächsischen Vogtland, aus Noburg, Gotha, Erfurt und Meiningen, ferner aus Halle, Braunschweig, Hannover und Magdeburg vor. In Nürnberg berichten Magistrat und Händler über die Wege, auf denen den waghalsigen Forderungen der Lieferanten entgegenzutreten sei. Im Westen steht in Solingen, in Dagen, in der Pfalz die gleiche Frage auf der Tagesordnung. In Berlin, dem hervorragenden Plabe des Abjages und Verbrauches, schlug die Presse frühzeitig Alarm und die Gewerkschaftskommission verlangte sofort Maßnahmen zur Abwehr des drohenden Notstandes. Die in Berlin zur Überwachung der Lebensmittelpreise eingesetzte städtische Kommission will in gleicher Richtung bei den zuständigen Behörden, vor allem bei dem Oberkommando in den Marken vorstellig werden. Es liegt also reichlich Anlaß vor, über Produktion und Bedarf dieses gerade in Deutschland ungemein wichtigen Volksernährungsmittels die grundlegenden Ziffern zusammenzustellen, um daraus einen Rückschluß auf das Mäntliche oder Normale der heutigen Marktvorgänge ziehen zu können.

Verwirrend scheint zunächst gewirkt zu haben, daß die neuesten Ernteschätzungen hinter den vorangegangenen hochgezeigten Erwartungen etwas zurückblieben. Dies bedeutet jedoch keineswegs ein Zurückbleiben hinter den durchschnittlichen Ergebnissen der letzten Jahre. Der gewiß unverdächtige agrarische Deutsche Landwirtschaftsrat kommt vielmehr in seiner jüngsten, am 17. Oktober veröffentlichten Berechnung auf eine deutliche Ernteziffer von 47 Millionen Tonnen — wohlgenutzt: „unter Berücksichtigung, daß ein Teil der Kartoffelernte in Ostpreußen und Oberelsaß infolge der kriegerischen Ereignisse nicht geerntet werden kann.“ Trotz dieser Einschränkung steht der in Aussicht genommene Ertrag immer noch um 2 Millionen Tonnen über dem Durchschnitt für das gesamte Deutschland während der letzten zehn Jahre 1904 bis 1913, der sich auf 44,8 Millionen Tonnen belief. 1904 hatten wir tatsächlich nur einen Ertrag von 36,3 Millionen Tonnen, 1906 von noch nicht 43 Millionen, 1910 von wenig über 43, im Kriegsjahre 1911 sogar nur von knapp 34,4 Millionen Tonnen. Die 47 Millionen der letzten, obwohl etwas abgedrückten Schätzung halten sich also immer noch auf recht ansehnlicher Höhe.

Auch große Bedarfsverschiebungen, die eine wesentliche Preissteigerung nach sich ziehen mußten, hat der Krieg, bisher wenigstens, in keiner Weise gebracht. Nach Professor Wohlmann Halle, der sich wiederum auf das übereinstimmende Urteil der Sachverständigenliteratur beruft, verteilte sich der deutsche zehnjährige Durchschnittsverbrauch von 45 Millionen Tonnen in folgenden Teilsummen auf die einzelnen Verwendungsgebiete:

13 Mil. To.	zur menschlichen Ernährung
4,6 „	für industrielle Zwecke (Spiritus, Stärke usw.)
16,3 „	zur Verfütterung
6,6 „	zur Wiederveranstalt
Sum 4,5 „	Verlust durch Fäulnis und Schwund (10 Proz.)

Zus. 45,0 Millionen Tonnen (à 20 Zentner).

Der Krieg hat bisher nur eine gewisse Menge von Kartoffeln, die früher der Branntweinerzeugung dienten, für andere Verbräuchszwecke freigegeben, also insofern für den Nahrungskonsum nur günstig gewirkt. Denn der Bundesratsbeschluss vom 15. Oktober, der ruhig noch verschärft werden könnte, setzt für alle Brennereien mit einer Jahresproduktion von über 50 Hektoliter Alkohol den Durchschnittsbrand auf 60 Hundertteile des allgemeinen Durchschnittsbrandes, für die Gesamtheit der bayerischen, württembergischen und badischen Brennereien auf $\frac{1}{10}$ des für 1911/12 zugewiesenen Montingentes fest. Außerdem sollen für 1914/15 beim Spiritus 65 Proz. der hergestellten Erzeugung unter die Vergällungspflicht fallen, also für gewerbliche Zwecke, vor allem wohl als Antriebskraft für Motoren an Stelle des rasch knapp und teuer gewordenen Benzins verfügbar gemacht werden. Für die Branntweintrinker mag das peinlich sein, für den Kartoffelmarkt kann es an sich nur eine gewisse Preisentlastung bringen.

Die rapid um sich greifenden Preistreiberien sind daher nur als Abnormitäten zu behandeln, die auf der rückichtslosen Ausnutzung vorübergehender Versorgungsstörungen und unbegründeter, zum Teil absichtlich erzeugter Panikstimmungen der Konsumenten- und Kleinäufermassen beruhen. Vom September ab, in erster Linie jedoch im Oktober, sind weite Bevölkerungskreise daran gewöhnt, sich mit einmally gleichzeitig für einen länger dauernden Bedarf einzudecken. Diesmal verhärtete sich die außerordentliche Nachfrage noch durch die zum Wohlgeheimen und innerlich durchaus berechtigten, aber geschäftlich wenig geschickt disponierenden Bemühungen zahlreicher Gemeindeverwaltungen: beträchtliche Vorräte zum Weiterverkauf oder zur freien Abgabe an Bedürftige zu erwerben. Auf der Gegenseite stockte die Zufuhr mehr als sonst, weil sich die Aberntung unter dem verhältnismäßigen Mangel an ländlichen Arbeitskräften länger als gewöhnlich hinauszog und weil sich die Zufuhr zu den Absatzmärkten eher noch mehr als sonst verzögerte: die seltener gewordenen Zugtiere sind für die noch ausstehenden Feldarbeiten nicht zu entbehren und die weiterbefördernden Bahnen funktionieren vollends nicht in alter Regelmäßigkeit. Für wucherische Madenkapfen aller Art ist dies, wie sich denken läßt, eine gesunde Gelegenheit. Die Vorratbesitzer können bei der tatsächlichen augenblicklichen Knappheit mehr verlangen, soweit sie nur wollen, und die topflosen Käufer steigern ihren Andrang und damit von neuem die Knappheit, weil sie bei in die Höhe schnellenden Preisen erst recht nach sofortiger Bedarfdeckung streben. Händler und Landwirte wiederum entschließen sich um so weniger zu Lieferungen, je bessere Preise sie später für ihren Handelsartikel oder ihr Erzeugnis erhoffen dürfen. Nach allen grundlegenden Produktions- und Bedarfsverhältnissen mag die ganze Entwicklungserichtung noch so unnatürlich erscheinen: die verkehrte Welt wird dennoch längere Zeit zur Wirklichkeit.

Zwischenverständlich können alle beteiligten Verbraucher und Käufer gar nicht genug ermahnt werden, nicht durch eigene Schuld und sinnlose Ungeduld das Uebel zu veräusimmern. Schnelles Handeln und Eingreifen der Behörden muß jedoch vor allem die raschere und gründlichere Wendung zum Besseren bringen. Im Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission haben deshalb alle bisher zu Worte gekommenen wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen die sofortige Festsetzung von Höchstpreisen gefordert, um die Käufer zu beruhigen und die Vorratbesitzer auf weiteren Zurückhaltungen abzuweichen. Da der Bundesrat auf Grund seiner Verordnung vom 25. August die Auskunftsspflicht über Vorräte an Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere an Nahrungsmitteln und Futtermitteln aller Art sowie an rohen Naturerzeugnissen, Holz- und Leuchtmitteln eingeführt hat, so muß es ein leichtes sein, die willkürliche Wareneinteilung zu kontrollieren und gegebenenfalls den Auskunftsanspruch durch eine Verkaufsfrist zu ergänzen. Sollte die geplante stärkere Verwendung von Kartoffelmehl für die Brotbäckerei Wirklichkeit werden, so bietet sich noch ein Anlaß mehr, die dadurch eritretete Ernährungsversicherung nicht wieder durch die unerwünschten Preise der neuen Beimischung ganz hinfällig machen zu lassen.

Da die Kartoffelernte, selbst nach den jüngsten beratschelten Schätzungen und nach Abzug des ohrprüflichen und obererlässlichen Ausfalles, immer noch als eine normale Durchschnittsernte anzusehen wäre, so dürften die behördlichen Preisnormen natürlich die lehtjährigen Durchschnitte nicht wesentlich überreichen.

Ray Schippel.

Der Schnaps und der Krieg.

Gleich in den ersten Mobilmachungstagen hat man eine Vorstellung gewinnen können von der Aufmerksamkeit, die die maßgebenden militärischen Stellen im Kriegsfall der Alkoholfrage widmen. Auf Befehl der Generalkommandos wurde im ganzen Deutschen Reich den Bahnhofswirtschaften der Ausdank alkoholisches Getränke streng verboten. Für die Cafés, die Wast- und Schankwirtschaften wurde eine Schlußstunde festgesetzt, die in den Großstädten mit der ersten oder zweiten Nachtlunde zusammenfiel, in den übrigen Gemeinden auf einen früheren Zeitpunkt lautete. In einzelnen Gebieten Preußens wurde der Verkauf von Schnaps vollständig verboten.

Der Zweck dieser Anordnungen war leicht zu erkennen. Den auf dem Transport an die Grenzen befindlichen Truppenmassen sollte jeder Alkoholgenuß vorenthalten werden. Den zunächst zurückbleibenden Soldaten, besonders den in Privatquartieren untergebrachten Meservisten und Landwehrmännern sollte eine rechtzeitige Nachtrube gesichert werden. Die Bevölkerung insgesamt aber sollte in den Tagen der größten Aufregung geschützt werden gegen die Wirkungen des Alkohols, besonders des Schnapses.

Alle ruhig denkenden Menschen haben unter Berücksichtigung der Zeitumstände den getroffenen Maßnahmen Verständnis entgegengebracht. Die Erkenntnis, daß der Alkoholgenuß die Erfüllung ernster Aufgaben erschwert, hat in den letzten Jahren im Volke Boden gewonnen. Man hielt es für ebenso selbstverständlich, daß der Tourist seine Feldflasche nicht mit Schnaps füllt, wie daß der Soldat zu den Felddiensthörungen alkoholisches Getränke nicht mitnehmen dürfte. Belehrung und Erfahrung haben bewirkt, daß in immer weiteren Schichten des Volkes die falsche Meinung, der Alkohol übe eine erfrischende, belebende und stärkende Wirkung aus, mehr und mehr schwindet. Am wenigsten entfällt der Schnaps derartige Wirkungen. Er erregt die Nerven höchstens für einen kurzen Zeitraum, läßt aber dann die Kräfte um so rascher erschöpfen. Die Seeerleitung sieht darum streng darauf, daß auch auf den Schachfeldern kein Schnaps getrunken wird. Mit Soldaten, die durch Schnapskonsum ihre Sinne betäuben, vermag sie keine Schlachten zu schlagen.

Bei uns in der Heimat sind inzwischen die anfangs getroffenen strengen Anordnungen teils aufgehoben, teils gemildert worden. Der freien Willensbetätigung des mündigen Menschen ist wieder ein etwas größerer Spielraum gewährt. Wir wollen ihn aber jedenfalls nicht ausnützen zu reichlicherem Schnapskonsum. Auch wir sind beteiligt an der erfolglosen Durchführung des Krieges. Wir haben alle Kräfte aufzubieten, um das Wirtschaftslieben einigermaßen im Gang zu halten, die Not zu vermindern, die Ernährung der großen Arbeitermassen, der Frauen und Kinder der Ausmarschirten sicherzustellen. Je vollkommener uns das gelingt um so leichter werden unsere Brüder im Felde ihre Aufgabe erfüllen. Der Schnaps aber wird uns keine Kraft verleihen zur Durchführung unserer Aufgabe.

Ist der Arbeiter schon zu Friedenszeiten genötigt, seinen schmalen Verdienst zöglüch wirtschaftlich zu verwenden, so gilt das in Kriegszeiten doppelt. Der Verdienst der erdrückenden Mehrzahl der Arbeiter, soweit er nicht ganz ausbleibt, ist in diesen Zeiten geringer, die an ihn gestellten Anforderungen und zu bringenden Opfer sind größer. Darum muß jetzt erst recht darauf geachtet werden, daß kein Pfennig für unwirtschaftliche Zwecke ausgegeben wird. Unwirtschaftlich im höchsten Grade aber ist jede Ausgabe für den Schnaps. Zunächst vom Standpunkt des einzelnen und der einzelnen Familie aus, die jeden Fadel für die notwendigen Bedarfsartikel braucht. Wie wissen es gut, daß die Verhinderung zum Schnapsgenuß an den Arbeiter um so näher herantritt, je mehr es an den Mitteln fehlt zur Führung eines geordneten Hauswesens. Aber gerade unter solchen Verhältnissen ist die Selbstbeherrschung ein Gebot höchster Pflicht. Denn wer sich einmal der Verzweiflung ergeben hat, sinkt von Stufe zu Stufe und findet kaum weder die Kraft und Möglichkeit, entgegenzukommen. Es wird in diesen Zeiten der massenhaften Arbeitslosigkeit vielen schwer fallen, den Kopf hochzuhalten. Und doch gelingt es immer noch leichter, sich durchzubauen, wenn man den Schnaps meidet.

Die Vermeidung jedes unwirtschaftlichen Aufwandes legt sich aber auch nahe vom Gesichtspunkt der allgemeinen Volkswirtschaft aus. Ein unwirtschaftlicher Aufwand ist es, wenn ein Naturprodukt, das der Ernährung dienen kann, in ein wertloses Genußmittel verwandelt und als solches konsumiert wird. Das gilt von den Kartoffeln und dem Getreide, die zu Brennzwecken Verwendung

finden. Der deutsche Boden liefert uns nicht das volle Quantum Nahrungsmittel, das wir zur Ernährung des eigenen Volkes brauchen. Trotzdem die Ernte dieses Sommers eine gute war, wird sie nicht ganz reichen bis zur nächstjährigen Ernte. Die Lebensmittelzufuhr vom Ausland ist aber während des Krieges nahezu völlig unterbunden. Wir wissen nicht, ob nicht die kleinen Läden auch noch verstopft werden, die sich in den neutralen Ländern bieten. Es heißt darum haushalten mit unseren Vorräten. Im Jahre 1912/13 sind in Deutschland 2,73 Millionen Tonnen Kartoffeln, 366 000 Tonnen Getreide und sonstige mehligte Stoffe, ferner 631 000 Hektoliter Ebbi zu Brennzweden verwendet worden. Dazu kommen noch erhebliche Quantitäten Melasse, Mäßen und Rübensäfte, Frauereisabfälle, Weintreber und sonstige Stoffe. Im ganzen wurden daraus erzeugt 3 753 265 Hektoliter Alkohol. Vergleicht man zu gewerblichen Zwecken verwendet wurde davon nicht einmal der dritte Teil. Rechnen wir aber selbst die Hälfte des gesamten Erzeugnisses als auf gewerbliche Zwecke fallend, so würde mit der Verwendung der Rohstoffe der anderen Hälfte für die Zwecke der menschlichen Ernährung und der Viehfütterung un-

endlich nützlicher gewirtschaftet als mit der Verwandlung in Alkohol.

Die allgemeine Beschränkung, die sich das deutsche Volk in der Kriegszeit aufzuerlegen hat, führt naturgemäß von selbst zu einer Verminderung des Alkoholverbrauchs im allgemeinen und des Schnapskonsums im besonderen. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands hat schon vor Jahren dem Schnaps den Krieg erklärt. Hat der vor fünf Jahren beschlossene Schnapsboykott leider auch nicht die Wirkung gehabt, daß der Schnaps in den Reihen unserer Kollegen allgemein gemieden wurde, so hat er doch eine erhebliche Verminderung des Verbrauchs an Trinkbranntwein gebracht. Jetzt kommen zu den politischen und gesundheitlichen Gründen für den Schnapsboykott noch die wichtigen volkswirtschaftlichen, die sich aus den Wirkungen des Krieges ergeben. Anlaß genug, den Schnaps-genuß noch viel mehr einzuschränken als bisher. Wer auf den Schnaps verzichtet, hilft das Elend mildern und erleichtert die Ernährung des deutschen Volkes während der Dauer des Krieges.

wk. i. d. „Volgarb.“ 31g.“

Hirsch-Dundersche „Arbeitslosenfürsorge“ in Theorie und Praxis.

Der „Gewerbverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, veröffentlicht am 19. September die von den Reichs- und Staatsbehörden in Vorschlag gebrachten „Kriegsmaßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit“:

„10. Verkürzung der Arbeitszeit.“

Wie unter 5 berührt, soll darauf hingewirkt werden, daß Behörden und private Betriebe bei Beschäftigungsmangel möglichst keine Arbeitskräfte entlassen, sondern statt dessen die vorhandenen kürzere Zeit zu entsprechend verringerten Löhnen beschäftigen oder auch Feierschichten einlegen. Soweit es möglich ist, sollen die Betriebe dazu übergehen, kürzere Arbeitsschichten einzuführen und dadurch mehr Arbeiter einzustellen. Auch bei städtischen Betrieben, wie Gasanstalten, Wasserwerken usw., wird dies in gewissem Umfang möglich sein.“

Das Zentralorgan sagt in der Einleitung: „dasselbe (das in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte Programm) ist auch deshalb von allgemeinem Interesse, weil unsere Kollegen, soweit sie Einfluß in Behörden haben, zu seiner Verwirklichung mit beitragen können.“

Nun ist ja von dem Hirsch-Dunderschen „Gewerbverein der Gemeindearbeiter“ stets behauptet worden, daß er einen maßgebenden Einfluß auf die Staatsverwaltungen ausübt. Man hätte also nach den guten Lehren des Zentralorgans erwarten müssen, daß sich dieser Einfluß zugunsten der Arbeitslosen oder solcher städtischen Arbeiter, die entlassen werden sollten, geltend machte. Nichts hörte man. Wohl nirgends waren die Hirsch-Dunderschen Gemeindearbeiter bereit, im Sinne des Zentralorgans zu wirken! Die Arbeitslosen hätten hungern können. Ruhig sah man zu, daß städtische Arbeiter entlassen werden sollten. Man wehrte sich sogar dagegen, als unser Verband, da wo die Notwendigkeit sich geltend machte, für Verkürzung der Arbeitszeit und Einstellung resp. Nichtentlassung von städtischen Arbeitern wirkte. Die Hirsch-Dunderschen Gemeindearbeiter redeten in Friedenszeiten von „harmonischem Zusammenarbeiten“ mit den Gemeindeverwaltungen. Als wir den Rufen der Kriegszeit folgend diesen Reden die Tat folgen ließen und mit den Gemeindeverwaltungen Hand in Hand arbeiteten, vergaßen die Hirsche ihre Grundsätze.

Auch in Schöneberg arbeiten die „Hirsche“ nach diesem Rezept. Die Vorschläge des freisinnigen Magistrats und der in der Majorität ebenfalls aus politischen Freunden der „Hirsche“ bestehenden Stadtverordnetenversammlung gingen dahin, die Arbeitszeit und den Lohn um eine Stunde zu verkürzen. In einer öffentlichen Sitzung stimmten die Kollegen für die Verkürzung. Circa 60 Arbeiter konnten nun eingestellt bzw. weiterbeschäftigt werden. Auf Antrag der Verbandsvertreter wurde statt 11,1 Proz. Kürzung des Lohns eine solche von nur 10 Proz. vorgenommen. Mein „Hirsch“ wagte es öffentlich, sich dagegen auszusprechen. In der Arbeiterausschussführung aber erhoben die beiden Gewerkschaftsvertreter Einspruch! Auf Vorschlag des Vertreters des Magistrats stimmten sie aber doch für die

Vorlage des Magistrats! Sie machten dabei eine recht klägliche Figur!

Das scheint aber sehr gegen die Abmachungen mit dem sogenannten „geistigen Leiter“ des Gewerbvereins zu sein. Man versucht auch hier, den Verbandskollegen einzureden, als ob die Verkürzung des Lohneinkommens unserer Organisation zu verdanken sei!

In Friedenszeiten heißt es, unsere Organisation sei machtlos und jetzt sollen wir sogar in Kriegszeiten die Macht haben, der Stadtverwaltung und allen städtischen Arbeitern Gesetze zu diktieren! Wir waren bereit, wenn unsere Kollegen und Brüder draußen Blut und Leben opfern mußten, ein kleines Geldopfer zu bringen, um Kriegsnot und -elend zu Hause zu lindern. Die Arbeiter in Schöneberg, die heute durch Opferwilligkeit Arbeit gefunden und nicht zu hungern brauchen, danken das der freien Organisation. Wenn sie ihren Lieben, die im Felde stehen, etwas zuwenden können, so ist das unser Verdienst. Die „Hirsche“ haben dagegen „protestiert“! Sie schimpfen auf die Opferwilligkeit, um als Hünen des Schlachtfeldes für ihre Organisation damit Propaganda zu machen. Wohl bekomme ihnen diese Petitionen ihres „Patriotismus“!

Vom Magistrat der Stadt Schöneberg erwarten wir aber, daß die über den Lohnabzug nachträglich vorgenommenen Verkleinerungen des Einkommens beseitigt werden. Zum mindesten hätte man erwarten dürfen, daß die anderweitige Regelung der Bezahlung der Sonntagearbeit vorher mit dem Arbeiterausschuß verhandelt worden wäre. Das ist, wir müssen gelinde sagen, merkwürdigerweise nicht geschehen.

Einleitend zitierten wir eine vom „Gewerbverein“ als „nach-eiferungswürdig“ anerkannte Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“. Am 17. Oktober leistet sich das Blatt daselbst Veranügen. Man zitiert die „Nordd. Allg. Ztg.“ unter anderem wie folgt:

„Unbedingt mußte und muß der Grundsatz festgehalten werden, daß, soweit irgend möglich, den Arbeitslosen nicht durch unmittelbare Unterstützung, sondern durch Arbeitsgelegenheit geholfen werden muß.“

Das sagt der „Gewerbverein“:

„So erfreulich diese Tatsachen sind, so muß doch immer und immer wieder betont werden, daß die Not noch immer groß genug ist, daß die Behörden, insbesondere die Gemeindeverwaltungen, in energischer Hilfeleistung, namentlich durch eine vernünftige Arbeitslosenfürsorge nicht nachlassen dürfen.“

Wir erwarten und dürfen verlangen, daß die Hirsch-Dundersche Theorie auch praktisch in Schöneberg und überall in Einlang gebracht wird und die gewissenlose Geharbeit aufhört.

So wenig uns in gegenwärtiger Zeit der Sinn nach irgendwelcher Polemik mit anderen Gewerkschaftsorganisationen steht, ist doch diese hinterhältige Taktik Matschkats und seiner Freunde, mit der man Mitglieder fördern will, von uns nicht stillschweigend hinzunehmen. Sie gehört an den Pranger! Was hiermit geschieht.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, 26. Oktober 1914.

Große Ereignisse liegen aus der verflochtenen Woche nicht vor. Deswegen darf doch nicht vergessen werden, daß im Westen wie im Osten unsere wackeren Kämpfer im Felde schwere, schwere Stunden erleben! Fortgesetzt kommt der Granatenhagel und lichtet die Reihen. Nach amtlicher Liste 50 (bis Mitte September) hatten wir an Toten 2355 Offiziere und 34146 Unteroffiziere und Mannschaften, Verwundete 5327 Offiziere und 153165 Unteroffiziere und Mannschaften, Vermißte 347 Offiziere und 55175 Unteroffiziere und Mannschaften. Gesamtverlust also 251218! Bis Ende Oktober wird diese Zahl gewiß das Doppelte betragen haben. Also eine halbe Million Menschenverluste in 3 Monaten! Nach einer Zusammenstellung der „Kreuzzeitung“ betragen die Verluste der Gegner an Toten, Verwundeten und Gefangenen mindestens eine Million! Waren doch bis Ende September weit über 300000 Gefangene allein in den deutschen Militärlagern. Die Schrecken dieses Krieges sind schier unfaßbar. Es ist gar nicht ausgedenken, welche Menschenverrichtung sich nach dem Winter- und Frühjahrsfeldzug (gegen Rußland) zeigen muß. Wann wird Friede werden? — Auch die Material- und Sachvernichtung nimmt bereits ungeheure Dimensionen an. Allein der Kreuzer „Enden“ hat Vielmillionenwerte der Engländer ins Meer versenkt. — Der gewaltige deutsche Vorstoß an der Mütze stößt den Engländern offensichtlich großen Schrecken ein. Sie beidrehen mit ihren schweren Schiffsgeschützen Eünde und die belgischen Küstenstädte. Ob den Belgiern vor dieser „Freundschaft“ nicht doch endlich bange wird? — Im Osten ist der Vorstoß auf Warschau erfolgreich vor sich gegangen. Schon in den nächsten Tagen dürften hier Resultate zum Vorzeichen kommen. Auch die Österreicher sind vorwärts gekommen. — Die Italiener sollen inzwischen (gemäß der Programmrede des neuen Ministerpräsidenten Salandra) ihre „nationale Selbsttätigkeit“ durch Besetzung Vionas (Mittenstadt in Albanien!) betätigt haben. Aber auch Griechenland wird mobil, während die Türkei auf der Lauer liegt und Portugal (wohl infolge seiner „monarchischen“ Auffassung) noch nichts „erklärt“ hat. Nachstehend der Einzelbericht:

18. Oktober. Englisches Unterseeboot „E. 3“ durch Torpedo vernichtet. — Japanischer Kreuzer „Takatsuki“ (bei Nausichou am 17. 10.) durch Unterseeboot „E. 90“ vernichtet. — **19. 20. Oktober.** Heftige Schlacht tobte an der belgisch-französischen Mütze. — Die Österreicher dringen erfolgreich in den Karpathen und der Bukowina vor. — **21. Oktober.** 2000 Engländer gefangen beim Vordringen westlich Lille. Die englischen Schiffe unterstützen den Kampf bei Neuport mit schweren Geschützen. — Die belgischen Klüftlinge kluten zu Tausenden nach Antwerpen zurück. — Kreuzer „Enden“ hat erneut 6 englische Dampfer versenkt und einen gekapert. — Verschiedene Inselgruppen (Marianen und Carolinen) sind von den Japanern besetzt. — **22. Oktober.** Kriegssitzung des preussischen Landtags. Einstimmige Bewilligung von 1½ Milliarden für Notstandsaktionen (siehe auch weiter). — In den letzten Kämpfen nahmen die Österreicher 3400 Russen gefangen und erbeuteten 25 Maschinengewehre. Czernowiz (Hauptstadt in der Bukowina) ist wieder in österreichischen Händen. — Die englische Flotte bombardiert belgische Hafenstädte (Widdelkerke und Weihenbel). — Bei Augustowo wurden die Russen erneut (zum drittenmal!) zurückgeschlagen. — Der deutsche Kreuzer „Marlsruhe“ hat in den letzten Tagen 13 englische Dampfer versenkt. — **23. Oktober.** Bei Zwangorod haben die Österreicher 2 russische Divisionen zurückgeschlagen und 4600 Gefangene, 15 Maschinengewehre erbeutet. Ein österreichischer Flussmonitor „Temes“ sank auf der Save durch feindliche Minen. — An der Grenze Österreich-Rosonien sind Montenegriner und Serben verlustreich zurückgeschlagen. — **24. 25. Oktober.** Vom westlichen Kriegsschauplatz werden deutsche Teilerfolge gemeldet. An der Mütze ist der Ipernkanal, überdriffen, 500 Engländer (1 Oberst, 28 Offiziere) gefangen. — Generalstabschef v. Mollke ist an Leber- und Gallenbeschwerden erkrankt. Vertreter ist der Kriegsminister General v. Falkenhayn.

Kriegsbriefe

Die Infanterie ist nur Zielscheibe. Die warme Nachmittags-sonne scheint mir wohlthuend auf den seit Wochen strapazierten Körper. Auf meinem über dem Erdboden ausgebreiteten Mantel liegend, schreibe ich diese paar Zeilen. Aus den Zeitungen, die spärlich und sehr verspätet zu uns gelangen, ersehen wir, daß in der Heimat unser Sieges triumphierend gefeiert werden. Das ist recht so. Aber tausendmal besser wäre es, wenn die Völker vor dem Unglück eines solchen Weltkrieges bewahrt geblieben wären. „Ein Schlachten ist's, nicht eine Schlacht zu nennen“ — dieses Dichterwort kennzeichnet den modernen Krieg. Es ist ein Kampf mit ungleichen Waffen. Wie steht ernstlich Infanterie gegen Infanterie, immer ist die Infanterie nur die Zielscheibe für die schrecklich verwüthende Artillerie hüben und drüben. Das ist das Gräßliche an diesem Kriege, wochenlang liegen wir den Tod und Verderben speienden Geschützen gegenüber und können mit unseren Gewehren nichts ausrichten. Ein Infanteriegefecht ist bald entschieden, aber hier liegen wir nun schon den 18. Tag im Schützengraben, ununterbrochen von feindlicher Artillerie beschossen. Ein Wunder, daß wir nicht noch mehr Verluste haben. Solange wir durch Belgien marschierten, haben uns die Franzosen keinen so hartnäckigen Widerstand geleistet. Da war ein Gefecht schnell entschieden, sie zogen sich fluchtartig zurück und wir in Eilmärschen hinterdrein. Als wir einmal zwei Franzosen im Walde gefangen nahmen, fragten sie einen Kameraden, der Französisch konnte: „Werden wir erschossen?“ Wir beruhigten sie, da erklärten sie uns: „Ihr seid unsere Kameraden, wir schießen auf euch, wir sind eure Kameraden, ihr schießt auf uns, ich habe vier Kinder zu Hause, eine Schande, daß wir in den Krieg müssen, so denket alle Kameraden bei uns.“ Mit der Sprache konnten wir uns nicht verständigen, aber wir drückten ihnen die Hände. Eine Schande für die, die es dahin gebracht haben, daß zwei solche Kulturvölker sich gegenseitig beschießen müssen.

Die Kinder beten. Meine herzlich geliebte M. Es ist eine sehr ernste Zeit, und unsere Stellung hier ist schwierig, die Verluste auf beiden Seiten groß. Trotzdem glaubt niemand mehr, daß der unelstige Krieg bald zu Ende sein wird. Aber wir wollen gern alle Strapazen und Entbehrungen ertragen. Möge es uns nur vergönnt sein, in die Heimat zu unseren Lieben zurück-zufahren. . . . Du schreibst, liebe Martha, daß unsere Kinder jeden Tag für mich beten. Das rührt mich zu Tränen. Aber Du kennst meine Gesinnung. Ich glaube nicht, daß beten hilft, ich kann nicht beten; denn wenn es einen Gott im Himmel gäbe, der allmächtig und allgütig ist, der könnte nicht dulden, daß sich die Völker so gegenseitig abblachten. Und darum beten, daß wir möglichst verschont bleiben, während wir möglichst viel von unseren Feinden töten, die doch auch Gottes Kinder sein sollen, dieser Gedanke erscheint mir absurd. Nein, der Krieg ist nicht Gottes Werk, sondern verwerfliches Menschenwerk. Sollte ich nicht wieder bemerken, so ist es mein Wunsch, daß meine Kinder und die ganze heranwachsende Generation zu glühenden Sozialisten erzogen werden; denn nur unter dem Banner des Sozialismus wird die Menschheit den Krieg überwinden. Diese Anschauung ist in mir gefestigt worden, seit ich dem Tod täglich und stündlich ins Auge sehe. Es ist meine ehrlche und klare Ueberzeugung. . . .

Ein Held. Ein hervorragendes Beispiel von Kameradschaftlichkeit und Mut hat bei den Kämpfen in der Nähe von Saarburg ein Ründmer Reservist namens Vogel gegeben. In der Nähe von Kunstingen kam das Bataillon an den Saar-Mohlenkanal, den auf jener Stelle die zurückgehenden Franzosen hatten leerlaufen lassen. Es war eine Kriegsschlucht gewesen, welche nur durch den Spermut Vogels vereitelt wurde. Die leergerlaufene Kanalstrecke bot den Bayern eine günstige Gelegenheit, unbemerkt und vollständig geschloßt an den Feind heranzukommen. Das Bataillon benutzte auch diesen Weg und stieg in den einige Meter breiten und etwa 3 bis 4 Meter tiefen Kanal. Feigegebene Pioniere sollten dann später den Truppen die Mächtigkeit geben, wieder aus dem Kanal mit seinen heißen Betonwänden herauszukommen. Die Pioniere noßelten mit kleinen Bretterstufen in die Betonwände, aber sobald ein Soldat verluckte, auf dieser Leiter aus dem Kanal zu steigen, wurde er abgeschossen. Auf einmal öffneten sich auch langsam die Tore einer weit oben angebrachten Schleuse und mit großer Gewalt schossen die Wasser in die leergerlaufene Kanalstrecke. In kurzer Zeit stand das Bataillon bereits bis an die Patrontaschen im Wasser, und wenn es den beiden französischen Pionieren an der Schleuse gelang, die Schleusentore weiter zu öffnen, mußten die tausend Leute in der überfluteten Kanalstrecke verunglückt ertrinken. Die Kriegsschlacht der Franzosen schien schon gewonnen zu sein, als sich Vogel, der dem Bataillonsstab als Maschinist zugeteilt war, erbot, den Versuch zu machen, die Arbeit der französischen Pioniere zu stören. Es war ein waghalliges Unternehmen. „Ich wußte, daß es gefährlich war,“ erzählte Vogel. „Aber drunten im Kanal standen meine Kameraden bis an den Bauch schon im Wasser. Der Weg am Kanal entlang bis zur Schleuse

hand unter dem Feuer der Franzosen, und wenn ich in der rasenden Fahrt vielleicht einen Augenblick meinen Schöpfer ansah, mir das Leben zu erhalten, war's nur um meiner Kameraden willen. In einer solchen Lage denkt man schließlich an nichts anderes als an das Ziel. Etwa 400 Meter vor der Schleuse schlug hinter mir eine Granate ein. Ein Splitter riß meinem Velo das Hinterrad weg. Ich stürzte nach rückwärts und wurde außerdem noch von Splintern am Oberarm und an der rechten Hand getroffen. Lange besann ich mich nicht. Ich kroch, so schnell ich konnte, vorwärts und als ich nahe genug heran war, riß ich mein Gewehr an die Wade und spürte fürzte der eine der beiden Pioniere in das Wasser, der andere lief davon und suchte mich durch eine Handgranate zu töten, als ich am Schleusentor angelangt war. Die fiel aber glücklicherweise gerade am Wasserpiegel an das Schleusentor. Viel Schaden hat sie nicht angerichtet. Nun kam mir zutatten, daß ich Mechaniker bin. Ein Witz genügte, um den Mechanismus des Schleusentors zu verstehen. Ich riß den Nebel heraus, steckte ihn in ein anderes Loch und langsam schloß sich wieder das Tor. Es war die höchste Zeit. Die Stugeln pfeifen nur so um mich, und gerade als ich fertig war, traf mich auch eine in den Oberhaken. Auch ich fiel ins Wasser. Meine Kameraden hoben mich dann heraus und legten mich an den Rand des Manals. Sie waren sehr dankbar und winkten mir alle mit den Händen zu, als sie an mir vorüberzogen. Mein Oberleutnant umarmte mich und sagte: „Das werde ich Dir niemals vergessen, mein Junge. Du bist jetzt Unteroffizier und das Eisene Kreuz ist Dir auch sicher.“ Das hat mich geteurt. Ich bin dann hinter einen Busch gekrochen. Dort hab ich das Bewußtsein verloren. Um 10 Uhr früh bin ich verwundet worden. Den ganzen Tag und die ganze Nacht habe ich da gelegen. Erst um 7 Uhr früh hat mich ein Sanitäter gefunden. Es war ein großer, starker Mann. Er hat mich auf die Achseln gefaßt und bis zum Verbandplatz getragen. Dort hat er mich auf einen Operationsstisch gelegt. Als ich dran kommen sollte, hat der Arzt gesagt: „Schau hin, dort liegen noch so viele, die sind schwerer verwundet als Du. Und wenn die nicht gleich dran kommen, dann müssen sie sterben.“ „Gut“, hab ich gesagt, „ich wart schon.“ Aber das war das Furchtbarste. Ich hab stundenlang alles mit ansehen müssen. Schreckliches hab ich gesehen und gehört. Da hab ich mir gedacht: „Die armen Kerle! Sei nur froh, daß du noch nicht dran zu kommen brauchst,“ und hab die Schmerzen ruhig ertragen.“

• Theaterarbeiter •

Regensburg. Die kriegerischen Ereignisse lassen ihre Folgen im Wirtschaftsleben erkennen. Arbeitslosigkeit greift um sich, nicht allein in Privat-, sondern auch in einzelnen Gemeindebetrieben. Zu denen gesellt sich das hiesige Stadttheater. Vant Beschluß der städtischen Kollegien und der Theaterkommission wird im heutigen Winter die Spic-tätigkeit nicht aufgenommen. Die Schauspieler, Musiker und Bühnenarbeiter sind daher um ihren Verdienst gekommen. Der Magistrat hat zwar einen entsprechenden Betrag zur Unterstützung dieses Personals in Aussicht gestellt, dem sich ein weiterer Zuschuß des Fürsten v. Turen und Paris anreicht. Es soll ein Betrag von 40 000 bis 50 000 Mk. zu diesem Zwecke bereitgestellt sein. Die Theaterkommission beschäftigte sich vor kurzem mit der Verwendung dieses Geldes. Es wurde beschlossen, folgende Unterstützungen zu gewähren: Für Musiker pro Monat 60 Mk., für Schauspieler und sonstiges Künstlerpersonal 90 Mk. pro Monat. Bei den Musikern wurde deshalb der Betrag um 30 Mk. niedriger gesetzt, weil man ihnen durch anderweitige Tätigkeit einen kleinen Verdienst zuerkennt. Die Theaterkommission hat aber ganz übersehen, daß neben den Musikern und Schauspielern auch technische Personal vorhanden ist. In der Magistratsitzung wurde zwar erklärt, daß für dieses Personal anderweitig vom Magistrat gesorgt wird. Diese Andeutungen über die anderweitige Versorgung ließen keinen Zweifel zu, daß die Stadt den Bühnenarbeitern Arbeit zufommen lassen will. Doch ist bis jetzt noch nichts geschehen. Es liegt schließlich, trotz der Versicherung des Stadtmagistrats mit der anderweitigen Unterbringung dieser Arbeiter, die Gefahr nahe, daß sie der neugeschaffenen städtischen Arbeitslosenversicherung aufgebürdet werden. Sollte dies wirklich geschehen, so würde darin nur eine arge Zurücksetzung dieser Arbeiter zu erblicken sein. Denn wenn das übrige Theaterpersonal von dem bereitgestellten Geld Zuschüsse erhält, haben sicher auch die Arbeiter eine Berechtigung, wenn sie nicht anderweitige Arbeit von der Stadt erhalten, Zuschüsse oder Unterstützungen aus diesem Fonds zu beziehen. Zweifellos hat der Stadtmagistrat die volle Verpflichtung, für diese Arbeiter zu sorgen. Die Arbeiter werden von der Stadttheaterdirektion eingestellt und bezahlt, aber der Betrieb ist ein städtischer und die Löhne richten sich nach den Löhnen der für die Stadtarbeiter festgesetzten Arbeitsordnung und Lohnordnung. In dieser schweren Zeit, wo Hunderte von Arbeitslosen durch die Straßen der Stadt wandern, kann und darf es nicht vorkommen, daß dieses Heer noch durch Arbeiter vermehrt wird, die zur Versorgung mit Arbeit direkt der Stadt anheimfallen. Wir hoffen daher, daß die Stadtverwaltung in diesem Sinne wirkt.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Die städtische Parlkdeputation hat eine Verfügung erlassen, nach welcher Entlassungen, wie sie sonst um diese Jahreszeit stark üblich waren, nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Um dieses ermöglichen zu können, sollen die Saisonarbeiter nur an drei Tagen in der Woche beschäftigt werden. Da die Arbeiter nur einen Stundenlohn von 3½ Pf. beziehen und da die Arbeitszeit für ein Vierteljahr (vom 15. November bis 15. Februar) nur 8¼ Stunden pro Tag beträgt, würde sich der Wochenverdienst nach Abzug der Versicherungsbeiträge auf zirka 8,50 Mk. belaufen. Daß mit einem derartigen Verdienst auch bei größter Einschränkung nicht auszukommen ist, bedarf keiner Begründung. Als bald nach Erlass dieser Bekanntmachung versuchte unser Verband eine Milderung der Bestimmungen zugunsten der Arbeiter herbeizuführen. In einer stark besuchten Versammlung der Parlarbeiter erstattete Kollege Müntner Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen, die er mit dem Bürgermeister Dr. Meide geführt hat. Der Redner betonte, daß er bei Herrn Meide volles Verständnis und auch ein warmes Herz für die Notlage der Parlarbeiter gefunden habe. Wohl seien noch größere Arbeiten zu erledigen, die erst für spätere Zeit bestimmt waren. Sollten diese jetzt in Angriff genommen werden, so müsse das auf der ganzen Linie oder doch mit Zustimmung aller Messors geschehen. Die Parlkverwaltung könne in solchen Fragen nicht allein vorgehen. Aber soweit wie möglich versprach Herr Meide die Mithilfe der Stadtverwaltung. So sollen z. B. diejenigen Tage, an denen des Projektes wegen nicht gearbeitet werden kann, in der Weise nachgeholt werden, daß in freitagsfreien Wochen mehr als drei Tage gearbeitet werden soll, so daß dieser Verlust wieder ausgeglichen wird. In früheren Tagen wurden diese Freitage nicht nachgeholt. Der Verband wird ein Hebriges tun und seinen Mitgliedern für die Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenunterstützung auszahlen. Herr Meide sagte die Mitwirkung der Stadtverwaltung zu, indem zu der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes der 50prozentige Zuschuß der Stadt Berlin gezahlt werden soll. Mit Hilfe dieser Maßnahmen wird es gelingen, den Parlarbeiter notdürftig über die schwierigste Zeit hinwegzubelfen. In der sehr lebhaften Diskussion wurde allseitig betont, daß die beste Arbeitslosenunterstützung die größtmögliche Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sei. Nach Lage der Sache war man mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden. Man sprach dabei die Erwartung aus, daß diese Abmachungen auch lokal innegehalten würden.

Berlin. (Wasserwerk Müggelsee.) Herr Andlam in Friedens- und in Kriegzeiten bleibt sich gleich. Im Frieden sorgt er für den organisatorischen Zusammenhalt der Kollegen. Im Kriege ist er emsig bestrebt, auch die Frauen derselben zusammenzuführen. Mit demselben erprobten Mittel: Vorenthaltung der zustehenden Rechte! Den Frauen werden bis auf eine Ausnahme vom Werk die zustehenden Bezüge nicht voll gewährt. Die Gemeindeverwaltung in Friedrichshagen zahlt nur die Reichsunterstützung. Kreiszuschuß wird an die Frauen Berliner städtischer Arbeiter nicht gezahlt. Das kümmert die Werkverwaltung natürlich nicht. Sie zieht von den zu zahlenden Wertzuschüssen die nicht gezahlte Kreisunterstützung gewissermaßen ab. Eine Frau mit drei Kindern erhält in dem Fall also 27 Mk. pro Monat zu wenig. Vom 1. November erhält die Frau 3 Mk. Reichsunterstützung mehr. Das Werk zahlt aber von dem Tage 6 Mk. weniger. Es bleibt wohl zu erwarten, daß die Direktion der Wasserwerke, wie so oft, auch in diesem Falle für Abhilfe sorgt.

Berlin. (Werkstatt Städtische Straßenbahn.) Die Betriebsleitung war in Friedenszeiten stets emsig bemüht, den Beschäftigten die zustehenden Rechte vorzuenthalten oder zu verdrängeln. Man hätte sich darum wundern müssen, wenn sich dieses Verhalten nicht auch in den jetzigen Zeiten geltend gemacht hätte. Bei der Einstellung von Arbeitern und Handwerkern an Stelle der Eingezogenen haben dieselben ihr Einverständnis damit erklären müssen, daß „die Lohnzahlung — — — ohne Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit“ erfolge. Damit werden von der Betriebsleitung die in Frage kommenden Gemeindebeschlüsse außer Kraft gesetzt. Auch die Arbeitsordnung bzw. die Nachträge werden zugunsten der Arbeiter beiseite. Die Betriebsleitung kann sich nicht herausreden, daß sie aus Unkenntnis handle. Man kann doch kaum annehmen, daß sie so wenig fähig sei, die in Frage kommenden Bestimmungen im Gedächtnis zu behalten. Eine solche Annahme wäre ja beinahe beleidigend. Vielmehr hielt man die augenblickliche Notlage, in der die Arbeiterschaft sich befindet, für geeignet, zutreffende Rechte vorzuenthalten. Wir nehmen an, daß diese Dandlungsweise sich mit dem Patriotismus dieser Betriebsleitung sehr wohl vertragen muß. Andernfalls wäre man doch nicht wie geschilbert verfahren.

München. Unsere Versammlung am 22. Oktober nahm einen Vortrag des Kollegen S: n t s c h e über „Pflichten der Mitglieder während des Krieges“ entgegen. Am Rand von Beispielen zeigte er, wie segensreich die Unterstützungsrichtungen unseres Verbandes und der Gewerkschaften während des Krieges seien. Sein

Referat Klang dahin aus, fest und treu zur Organisation zu stehen, damit die aus dem Felde heimkehrenden Kollegen das Werk, an dessen Aufbau sie mitgearbeitet haben, nicht vernichtet sehen. Aus der Abrechnung war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl 130 beträgt. Das Vermögen der Filialkasse beträgt 875,92 Mk.

Freiburg i. B. In der gutbesuchten Versammlung am 10. Oktober gab Kollege Hagenmayer den Massenbericht vom dritten Quartal 1914. Demselben war zu entnehmen, daß durch den Ausbruch des Krieges die Zahl der verkauften Marken stark zurückgegangen ist, da etwa 100 Kollegen ins Feld ziehen mußten. Die Einnahmen betrugen 1906,71 Mk., die Ausgaben der Filiale 157,31 Mk. Unterstützungen wurden ausbezahlt 345,50 Mk. und der Hauptkasse 203,79 Mk. zugeführt, so daß demnach noch ein Fehlbetrag von 1200,11 Mk. zu verzeichnen ist. Den Kartellbericht gab ebenfalls der Kassierer. Ueber die Kriegslage hielt Medakteur Weichmann einen Vortrag. Darauf referierte Hagenmayer über den Organisationsstand der Filiale und die vom Verbandsvorstand getroffenen Kriegsmaßnahmen. Kollegen, welche jetzt noch in Arbeit stehen und das sind alle, müssen es als Ehrenpflicht betrachten, Mann für Mann für die Organisation einzutreten. Unseren Kollegen, die draußen unter Gefahr und Entbehrungen aller Art ihr Leben für die Allgemeinheit einsetzen, seien wir schuldig, daß auch wir alles einsetzen, um die Organisation auf der Höhe zu halten. Auch nach dem Kriege werden die Organisationen, wird ganz besonders unsere Organisation nötig sein, um zum Wohle aller etwas Ersprießliches leisten zu können. Wenn auch einige durch die vorübergehende Abänderung der Statuten etwas mißmutig sind, so müsse diesen die traurige Lage der Arbeiter, der Kollegen sowie deren Familien, vor Augen geführt werden, die in Erfahrungen Hab und Gut und Arbeit verloren haben. Ferner müssen wir unsere Mäde wenden gegen Besten, vor wo wir den Gedächtnistag fast Tag für Tag hören und das Gland dort schauen, und wir müßten hart wie Stein sein, wenn wir für die Kollegen, die dort arbeitslos geworden sind, nicht soviel Liebe hätten und gern zu deren Gunsten mit den Einschränkungen der Unterstützungen einverstanden sein wollten. Medner schildert: sobald noch die Arbeitslosigkeit im allgemeinen und meinte, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß nach dem Kriege mancher, der jetzt im Feld steht, länger arbeitslos werden könnte, und schon deshalb sei es notwendig, daß die Masse vorzüglich verwaltet werde, daß auch noch für diese dann etwas übrig sei. Wollen wir die größere Not lindern helfen, so müssen wir, die in Arbeit stehen, unsere kleinen Entbehrungen gern tragen. Im Krieg hat ein jeder etwas zu tragen, wir haben das Schwerkste nicht, darum tragen wir's gerne. Der herzlichste Dank vieler Kollektanden ist uns sicher. Diese Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung der Anwesenden. Hoffentlich finden sie auch offene Herzen bei denen, die nicht erscheinen konnten oder nicht erschienen sind! — Auf Anregung wurde dann beschlossene Sammelkisten auszugeben, um den Kollegen, die im Felde stehen, ein Viebescheiden zukommen lassen zu können. Am mit allen Kollegen in nächster Zeit zusammenkommen zu können, werden Betriebsbesprechungen abgehalten.

Neugersdorf. Wir haben in Friedenszeiten fast keine Veranstaltung gehabt, unsere Gemeinde als Arbeitgeberin zu kritisieren. Um so unangenehmer ist es uns jetzt, einiges besprechen zu müssen. So wurde gleich nach Kriegsausbruch die Arbeitszeit der Gemeindestachenerarbeiter auf drei Tage in der Woche herabgesetzt, leider auch nur für diese drei Tage Lohn gezahlt. Es wurde gesagt, daß nicht genügend Arbeit vorhanden sei. Unser Genosse Häntsch wies im Gemeinderat darauf hin, daß doch genügend Arbeit vorliege und daß mit dem Verdienst von drei Tagen unmöglich jemand auskommen könne. Es war umsonst! Auch der Arbeiterausschuß versuchte, mit dem Gemeindevorstand zu verhandeln. Aber leider, trotz wiederholter Bemühungen, ist der Arbeiterausschuß bis heute noch nicht vorgekommen! Jetzt nun wird wieder täglich acht Stunden gearbeitet bei schlechterem Wetter, während im August die idyllischen Tage geradezu verträubelt wurden! Auch in der Unterstützung der Familien eingezogener Gemeindeglieder ist die Gemeinde weit hinter anderen zurückgeblieben. Es erhalten nur die Familien der „ständigen“ Gemeindeglieder einen Lohnzuschuß zur Reichsunterstützung. Ursprünglich sollte der halbe Lohn unterchiedslos gewährt werden. Im Finanzausschuß aber beschloß man, der Frau 25 Prozent, für Minder 10 Prozent, doch nur bis zu 50 Prozent und nur an ständige Arbeiter zu gewähren. Diese Ungerechtigkeiten können wir nicht verstehen, zumal bis heute noch keinerlei Grundfälle geschaffen wurden, nach welchen ein Arbeiter ständig wird. Und wir fragen weiter: Wird draußen auf dem Schlachtfelde auch ein Unterschied gemacht zwischen ständigen und nichtständigen Arbeitern? Wohl nicht, warum also hier? Genosse Häntsch bekämpfte diese Ungerechtigkeiten ganz energisch, leider stand er völlig allein und konnte so nicht durchdringen. Uns scheint überhaupt, als ob man jetzt Arbeiterangelegenheiten nur ungern näher trete. So hat vor etwa acht Wochen der Gemeinderat beschlossen, zwei alten invaliden Gemeindegliedern je 120 Mark als Ruhegehalt zu gewähren. Aber bis heute ist dieser Beschluß nicht ausgeführt worden. Will man erst die Bedürftigkeit dieser Invaliden erörtern? Hoffentlich tragen diese Seiten zu baldiger Abhilfe bei.

Rundschau

Diese Zeit. Diese Zeit hat einen kräftigen Atem und gibt uns allen ein gespanntes, erhöhtes Leben. Die Weltgeschichte, die wir bisher fast nur im grauen Lichte der Theorie und des Berichtes sahen, ist zu blutvollem Leben erwacht und steht nun in Körperlichkeit vor uns. In eherner Tragik rollt sich, uns allen sichtbar ein Drama der Menschheit ab, vor dem Buch und Bühne zu matten Schemen verblasen. Diese Zeit wirft ihre erregten Wellen in alle Seelen, alle Geister. In jedem Menschen ist sie lebendig und schmiedet ihn an die Gegenwart. Wir fühlen es wohl, daß sie schwanger geht mit bedeutenden Schicksalen, daß Neuerungen, vielleicht Umwälzungen, sich vorbereiten, daß die Völker nach diesem Blutbade mit anderen Augen als bisher in die Welt schauen werden — bewußter des eigenen Wertes —, aber die nächste Zukunft selber sehen wir nicht. Nur die Gegenwart ist unser. Oder richtiger: wir sind die Hörigen dieser gewaltigen Gegenwart, die vernichtend über die Erde schreitet. Sie hat uns alle herausgeworfen aus der alten Bahn unseres Daseins: aus dem ruhigen Schaffen, das dem Tage gab, was des Tages ist, aber darüber hinaus für eine lichtere Gestaltung der Zukunft wirkte. Wir bauten an diesem und jenem. Die Zeit reißt uns davon, läßt die willige Hand, heißt uns sehen und hören, heißt uns warten. Sie zwingt unsere Sinne, um den einen Punkt zu kreisen; sie gibt unserer Rede den Ton und duldet kein Verjensein in das, was war, in das, was kommt. Diese Zeit beherrscht uns. In mehrfacher Sinne. Sie seßelt unsere Nerven, unser Denken und Fühlen — unser Wort. Wer aber kann von sich sagen, daß er die ganze Bedeutung dieser Zeit und ihres beispiellosen Geschehens völlig erfasse? Wir horchen zurück in vergangene Friedensstage, hören eigene und fremde Worte und erinnern uns, daß wir bei der bloßen Vorstellung von dem, was heute blutwarme Wirklichkeit ist, wie vor etwas Ungeheuerlichem standen. Vor Unausdenkbarem. Es gab nicht wenige unter uns, die darin eine Unmöglichkeit sahen! Nun aber ist die Tatsache gewaltiger, umfangreicher noch, als die Vorstellung anzunehmen wagte. Und wir sehen und hören darauf hin, wie auf ein unheimlich wildes Wetter, eine gigantische Sturmflut, denen gegenüber aller Menschenville versagt. Beugen wir uns vor der tragischen Größe des Geschehens und seiner Unabänderlichkeit — und haben nur den einen Wunsch, die eine Hoffnung: daß auch dies Wetter bald austobe und der gewaltig vernichtenden Zeit eine ebenso gewaltig schöpferische folgen möge!

Von unseren Angestellten sind in den letzten Tagen noch eine gezogen worden: Wosl. München, Behold. Frankfurt a. M., Wesolowski. Königsberg. Unser Kollege Franz Sebold. München, der seit Wochen in den Vogesen kämpfte, soll verwundet sein; doch fehlt bislang genauere Nachricht. Auch sonst haben schon viele unserer waderen Kollegen den Tod gefunden, wie unsere langen Totenlisten ausweisen. Sie sprechen eine beredte Sprache!

Militärverwaltung und Sozialpolitik. Eine Zusammenfassung der sozialpolitischen Grundzüge, die bei der Verteilung von Arbeiten für militärische Zwecke maßgebend sein sollen, veröffentlicht jetzt die „Nordd. Allgem. Ztg.“. Die amtlichen Richtlinien unserer Heeresverwaltung verdienen Beachtung in weiteren Kreisen und auch lange über die Kriegsdauer hinaus, nicht zuletzt bei den deutschen Stadtverwaltungen. Vorausgeschickt wird, daß das Bestreben, die Leistungsfähigkeit der Militärbetriebe und der Privatbetriebe, die mit Aufträgen für die Heeresverwaltung betraut sind, unter allen Umständen auf der erforderlichen Höhe zu halten, allen anderen Rücksichten vorgehen müsse. Soweit es hiernach möglich sei, müsse auf folgendes Bedacht genommen werden: Heberstundenarbeit ist zu vermeiden, wenn die Verhältnisse es gestatten, die Aufträge mit einer neunmündigen oder kürzeren Arbeitszeit durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern zu bewältigen. — 2. Wo jetzt in eins- oder mehrtägigen Wechsel, werden dort, wo die vorliegende Arbeit nicht ein besonderes Einarbeiten und eine dauernde Beschäftigung verlangt, angezeigt und geeignet sein, zur Vinderung der Not und besseren Verteilung des Verdienstes beizutragen, namentlich an Orten, wo die Arbeitslosigkeit besonders groß ist. Auf langjährig im Dienste der Heeresverwaltung tätige Arbeiter und solche mit harter nicht erwerbsfähiger Familie muß naturgemäß Rücksicht genommen werden. — 4. Wiederholt ist Mangel geführt, daß mehrere Personen, die einen gemeinamen

Gehalt führen, zugleich in den Betrieben beschäftigt werden und so zusammen einen hohen Verdienst erzielen, während Familienväter mit mehreren erwerbsunfähigen Kindern und Witwen abgewiesen werden müßten und Not litten. Das ist zu ändern. Verfügen auf mehrjährige Dienzeit können angesichts der allgemeinen Notlage nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. — 5. Personen, die bei Privatfirmen gegen ungenügenden Lohn in Arbeit stehen oder sich bei den Dienststellen nur deshalb um Arbeit bemühen, weil ihnen diese Arbeit besser zu sagt oder weil sie hoffen, einen höheren Verdienst zu erzielen, sind von der Einstellung grundsätzlich auszuschließen. — 6. Ein Zwang im Sinne des Vorstehenden kann auf die mit Seereslieferungen betrauten Firmen zwar nicht ausgeübt werden, in vielen Fällen wird aber die vergebende Dienststelle ihren Einfluß zugunsten der Arbeitslosen mit Erfolg geltend machen können. Die Seeresverwaltung nimmt ferner Veranlassung, folgende Bemerkungen zu machen, die sich auf einige bei ihr zur Sprache gebrachte Vorkommnisse beziehen: 7. Vandalismuspflichtige dürfen nicht deshalb von der Einstellung ausgeschlossen werden, weil sie noch nicht völlig dienstfrei sind. Erhalten sie ihren Weistellungsbescheid, dann bleibt es den Dienststellen immer noch frey, sie zu entlassen oder als unabschließlich zu reklamieren. — 8. Anordnungen gegen verschiedene mit Seereslieferung bedachte Firmen, daß sie das Heberangebot an Arbeitskräften ausbauen und den Arbeitern ganz ungenügende Löhne zahlen, sind vielfach aus Arbeitstretzen vorgebracht und auch in der Presse besprochen worden. Die Dienststellen werden hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten und in Fällen auffälliger Art die Lieferanten davon zu veranlassen haben, daß sie von ferneren Lieferungen und Leistungen ausgeschlossen werden müßten, wenn sie fortfahren sollten, in der beschriebenen Art die Löhne zu drücken. Bei Neuansprechungen wird es sich empfehlen, derartigen Vorkäufen durch entsprechende Vertragsbedingungen vorzubeugen. — 9. Den Bedarf an technischen Kräften aller Art vermittelst der Verein Deutscher Ingenieure in Berlin NW., Sommerstraße 4a. Wandwerker und Arbeiter werden im Bedarfsfalle von einer im Reichsamt des Innern strukturierten Zentralstelle der Behörden unmittelbar nachgewiesen. — 10. Auf die Verwendung freiwilliger, unbezahlter Kräfte als Voten-Schreiber usw. muß überall dort verzichtet werden, wo arbeitsfähige Arbeitslose zu diesen Zwecken vorhanden sind. Ebenso ist es zu vermeiden, Personen, für deren Unterhalt in anderer Weise gesorgt ist, zu beschäftigen (Pensionäre, Angehörige von Beamten usw.), deren Lebensunterhalt auch ohne eigene Arbeit gesichert ist usw. — 11. Firmen, die für die Seeresverwaltung liefern, in hinsichtlich Gewährung von Abschlagszahlungen nach Möglichkeit entgegenzukommen, um ihre finanzielle Leistungsfähigkeit, namentlich in bezug auf rechtzeitige Zahlung der Löhne, zu erhöhen. — 12. Die Strafankalten sind während des mobilen Zustandes zur Deckung des Bedarfs an Geräten nicht heranzuziehen. Soweit es noch anmöglich ist, sind bereits erteilte Aufträge von den Strafankalten zurückzuziehen.

„Gefallen: Ein Mann“.

Tag' nicht: ein einzelner ... als war' es wenig,
wean nur der eine bleibt.
Das Leben treibt
sein Spiel so gut im Bettler wie im König.
Wohl ist sein Name Schall, und sein Geschlecht
nennt niemand mit ehrfürchtigem Gesichte:
ein Arbeitsmann vielleicht, ein armer Knecht,
und unbedacht vom Nimbus der Geschichte.
Aber: er lebte. Dieses aber heißt:
Er sah das Licht an jedem neuen Morgen,
und immer wieder ward aus Lust und Sorgen
ihm Tag und Jahr geschwiegt.
Er lebte; denn er wirkte. Nerv und Kraft,
sie wurden in der harten Hand zu Taten:
er schmiedete den Pflug, er streute Saaten,
und Frucht war seines Tunsens Jungenschaft.
Er lebte, heißt: er trug wohl Haß und Liebe,
trug Freundschaft, Güte, Hohn;
Vegehr in ihm und Wille waren Sporn,
und Hemmung waren ihm die dunklen Triebe.
Er lebte, heißt: in seinem Anseh'n
hat sich die Puntheit dieser Welt gespiegelt.
Nun es der Tod verriegelt,
erlösch in ihm und für ihn alles Licht.

Tag' nicht: nur einer ... Er war auch ein Held
und hat sein ganzes Dasein hingegeben.
Wo tausend fallen, sterben tausend Leben;
wo einer stirzt, stirzt mit ihm eine Welt.
Zürst jene Welt, die andern heilig schien:
denn irgendwo weint irgendwer um ihn.

Ernst Brezina

Totenliste des Verbandes.

Ferd. Hellmeyer, Hamburg
bei der 3. Ingenieurabteilung
† 10. 10. 1914, 44 Jahre alt.

Ernst Julius Müller, Pirna
Vauamtsarbeiter
† 19. 10. 1914, 62 Jahre alt.

Gustav Okrowski, Berlin
Arbeiter
† 10. 10. 1914, 50 Jahre alt.

Friedrich Radau, Teich
Magistratsarbeiter
† 13. 10. 1914, 50 Jahre alt.

Max Rensch, Berlin
Schlosser im Zentralmagazin
† 21. 10. 1914, 69 Jahre alt.

Fritz Renper, Hannover
Arbeiter
† 13. 10. 1914, 64 Jahre alt.

O. Schillerer, Straßburg i. E.
37 Jahre alt, durch Unglücksfall
im Militärverhältnis gestorben.

Joh. Schleich, Regensburg
gestorben am 14. Oktober 1914
im Alter von 46 Jahren.

Emil Schöber, Herzberge
Pfleger in der Anstalt Herzberge
† 13. 10. 1914, 34 Jahre alt.

Franz Wegener, Stettin
gestorben im Alter
von 31 Jahren

Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

Karl Adam, Kaiserslautern
am 29. September im Alter
von 27 Jahren gefallen.

Friedr. Blänkle, Karlsruhe
Maler bei der Zirkelbahn,
im Alter von 34 Jahren gefallen.

Paul Böker, Nürnberg
am 24. September im Alter
von 36 Jahren gefallen.

Karl Doldt, Karlsruhe
Mathausheizer, im Alter
von 31 Jahren gefallen.

Otto Dnbau, Nordhausen
im Alter von 28 Jahren
in Feindesland gefallen.

Paul Eger, Zittau
im Alter von 37 Jahren
in Frankreich gefallen.

Willi Klein, Hamburg
28 Jahre alt, am 4. Oktober
bei Mobe gefallen.

Gustav Krenz, Hamburg
bei den Kämpfen im Osten im
Alter von 35 Jahren gefallen.

F. Friedrich, Grimnitzshau
am 3. Oktober im Alter
von 24 Jahren gefallen.

H. Gärtner, Menengamme
am 29. September im Alter von
26 Jahren in Belgien gefallen.

Fritz Glaser, Breslau
am 1. Oktober, 24 Jahre alt,
vor Antwerpen gefallen.

Rudolf Hansen, Magdeburg
am 24. August 1914 im Alter
von 24 Jahren gefallen.

Georg Heindl, Bromberg
am 12. Oktober im Alter
von 30 Jahren gefallen.

K. Hoffmann, Straßburg i. E.
Straßenreinger
im Alter von 24 Jahren gefallen.

Fritz Jöhrens, Hamburg
am 21. September im Alter von
24 Jahren bei Kämpfen gefallen.

Jakob Kander, Pforzheim
am 17. Oktober, 26 Jahre alt,
im Lazarett in Aachen gestorben.

A. Knebel, Königsberg i. Pr.
Schlosser in der Wasenstall,
im Alter von 32 Jahren gefallen.

Ferdinand Koch, Leipzig
am 13. Oktober im Alter von
29 Jahren bei Souwicon gef.

Hans Kröhner, Lübeck
am 17. August im Alter von
22 Jahren im Westen gefallen.

Georg Kuhn, Berlin
am 6. Oktober 1914 im Alter von
38 Jahren im Osten gefallen.

Hans Richter, Schweinfurt
am 15. Oktober 1914 im Alter
von 24 Jahren gefallen.

Theodor Rostek, Berlin
am 8. September im Alter von
27 Jahren im Westen gefallen.

Ant. Sauerer, Regensburg
am 4. September im Alter
von 35 Jahren gefallen.

E. Scheiblin, Straßburg i. E.
Schlosser im Wasserwerk,
im Alter von 24 Jahren gefallen.

A. Schettler, Straßburg i. E.
Toblenreinger
im Alter von 27 Jahren gefallen.

Wilhelm Schröder, Neukölln
am 30. August im Alter von
32 Jahren in Belgien gefallen.

Ernst Seide, Berlin
am 7. September im Alter
von 38 Jahren gefallen.

Robert Sparr, Hamburg
am 8. 9. im Alter von 29 Jahren
an der Elbgränze gefallen.

Reinhard Thiele, Zittau
im Alter von 29 Jahren
in Frankreich gefallen.

Wilhelm Weber, Karlsruhe
Kafenarbeiter, im Alter
von 27 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!